

Vorlage Nr. 14/0389

Federf. Stadttamt: Amt für Integration und Sport

Vorlage für den	Berichterstatter	Zuständigkeit	Sitzung am	Punkt
Integrationsrat	Rainer Weichelt Erster Beigeordnete	Kenntnisnahme	17.09.2014	7

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Gesetzesentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

SPD und CDU/CSU haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Optionspflicht für Kinder aus Zuwandererfamilien zu streichen, sofern sie in Deutschland geboren – und auch aufgewachsen – sind. Das heißt, sie sollen auf Dauer zwei Pässe behalten dürfen. Die zur Zeit noch geltende Optionspflicht besagt, dass sich die Kinder aus Zuwandererfamilien (also Kinder ausländischer Eltern!), die mit der Geburt einen deutschen und einen ausländischen Pass bekommen haben, bis zu ihrem 23. Geburtstag für eine Staatsangehörigkeit, also für eine Option, entscheiden müssen.

Das Bundeskabinett hat im April einen entsprechenden Gesetzesentwurf gebilligt, sodass nun die parlamentarischen Beratungen beginnen können und das Gesetz noch im Jahr 2014 in Kraft treten kann.

Die umstrittene Optionspflicht soll für jene Kinder ausländischer Eltern wegfallen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre hier eine Schule besucht haben. Bislang gilt, dass diese jungen Leute, die mit der Geburt den deutschen und einen anderen Pass bekommen, sich bis zum 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Diese Regelung betrifft vor allem Deutschtürken.

Auf Antrag des Betroffenen stellt die Staatsangehörigkeitsbehörde das Vorliegen dieser Voraussetzungen und damit den Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit schon vor Vollendung des 21. Lebensjahres fest. Mit Vollendung des 21. Lebensjahres prüft die Behörde die Voraussetzungen von Amts wegen.

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordnete	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Liegen entsprechende Informationen aus dem Melderegister vor, muss die Behörde nichts weiter prüfen. Andernfalls muss der oder diejenige das Aufwachsen in Deutschland anhand der genannten Kriterien nachweisen. Dies kann z. B. durch Vorlage eines Schulzeugnisses erfolgen.

Dieses Vorgehen erzeugt vor allem Kritik, weil es weiterhin zu viel Bürokratie erfordert und ein großer Teil der Migranten gar nicht erfasst wird. Denn nur Kinder ausländischer Eltern, die seit dem 01.01.2000 in Deutschland geboren sind, bekommen die deutsche Staatsbürgerschaft – neben der ihrer Eltern. Ältere Geschwister bekommen weiterhin keine zwei Pässe, ebenso wie die Elterngeneration.

Der Integrationsrat der Stadt Gladbeck spricht sich nachdrücklich dafür aus, dass alle Einbürgerungsbewerber die rechtliche Möglichkeit erhalten, neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit beibehalten dürfen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:

zur Verfügung

nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

Der Integrationsrat der Stadt Gladbeck spricht sich ausdrücklich für eine doppelte Staatsangehörigkeit ohne Ausnahmen aus. Die Verwaltung wird beauftragt, im Sinne dieses Votums bei den zuständigen staatlichen Stellen entsprechend zu intervenieren.

Der Bürgermeister
i. V.



Rainer Weichelt
Erster Beigeordneter

In der Sitzung des

- Integrationsrates
- Rates
- Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: